

Stellungnahme des Bundes der Deutschen Landjugend (Mainz, 20. Juni 1969)

Quelle: Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam. Sicco L. Mansholt (1908-1995), (1858-) 1945-1995. Beleidsactiviteiten. Memo 80, Programma 1980. Stukken betreffende het Plan Mansholt inzake voorstellen tot landbouwhervorming in de EEG. 1968-1971, 130.

Urheberrecht: Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis / International Institute of Social History

URL: http://www.cvce.eu/obj/stellungnahme_des_bundes_der_deutschen_landjugend_mainz_20_juni_1969-de-f30a5fc5-1627-4261-abb7-f73f6dfebe9a.html

Publication date: 22/10/2012

Stellungnahme des Bundes der Deutschen Landjugend zum Memorandum der Kommission der Europäischen Gemeinschaften zur Reform der Landwirtschaft (Mainz, 20. Juni 1969)

Die Landwirtschaft ist Bestandteil der Gesamtwirtschaft. Sie erbringt auch künftig ihren Beitrag für die Leistung in Wirtschaft und Gesellschaft.

Für die Landjugend ist Wirtschaft nicht Selbstzweck. Sie erwartet neben einem steigenden Einkommen die Teilnahme an den sozialen und kulturellen Leistungen der Gesellschaft. Hierzu gehören vor allem Freizeit, Arbeitererleichterungen, Bildungsmöglichkeiten und Aufstiegschancen, wie sie für die übrige Gesellschaft selbstverständlich sind.

Aus diesem Grunde akzeptiert die Landjugend, daß auch für die Landwirtschaft der technische Fortschritt Wandlungen in der Produktions- und Marktstruktur mit sich bringt, denen sie sich fortlaufend anpassen will. Die Agrarpolitik hat dafür Sorge zu tragen, daß dieser Anpassungsprozeß sich ohne soziale Härten vollziehen kann. Die Wirksamkeit jeder Hilfe wird umso größer sein, je klarer die Entwicklungskonzeption ist.

Den Landwirten ist ein breiter Fächer von Betriebsformen anzubieten, die zu einer günstigen Einsatzrelation von Arbeit, Kapital und Boden führen, ohne dabei die unternehmerische Einzelinitiative zu beschränken. Neue Organisationsformen müssen flexibel und weiteren Änderungen offen sein.

Das Memorandum der Europäischen Gemeinschaften erfüllt die gestellten Forderungen nur zum Teil. Unter Nr. 56 wird über die Preispolitik ausgesagt, daß eine Senkung der Preise erheblich sein muß, wenn sie Erfolg haben soll. Sie sei aber aus politischen Gründen nur sehr schwer zu verwirklichen und andererseits berge eine nur begrenzte Preissenkung die Gefahr in sich, daß sie viele Landwirte anreizt, die Erzeugung zu erhöhen, um das gleiche Einkommen zu erhalten. Die von der Kommission gemachten Preisvorschläge erscheinen uns vor dem Hintergrund dieser Aussage als ein Widerspruch. Die für 1969/70 vorgeschlagenen Preise stellen eine solche sog. geringfügige Preissenkung dar, von der nach Auffassung der Kommission selbst keine mengenreduzierende Wirkung ausgehen kann. Vielmehr muß befürchtet werden, daß eine gegenteilige Wirkung eintritt. Der Bund der Deutschen Landjugend (BDL) empfiehlt ein Preisgefüge, das der Kostenentwicklung der Produktionsmittel Rechnung trägt. Da auch die leistungsfähigen bäuerlichen Betriebe nach dem derzeitigen Preisniveau zum Teil langfristig investiert haben und da zur Zeit noch für viele landwirtschaftliche Grenzbetriebe keine Einkommensalternativen bestehen, wäre es eine soziale Ungerechtigkeit, ein Marktgleichgewicht über drastische Preissenkungen erreichen zu wollen.

Die im EG-Memorandum zur Marktstruktur geäußerten Möglichkeiten zur Schaffung von Erzeugergemeinschaften, zur Verbesserung der Markttransparenz, zur Schaffung von Qualitätsnormen sowie zur übernationalen Vermarktungsvereinigung werden vom BDL befürwortet. Auch dem Gesichtspunkt der Marktmacht würden wir eine größere Bedeutung beimessen.

Bei den handelspolitischen Maßnahmen haben wir die Befürchtung, daß die Anstrengungen zur Schaffung eines Marktgleichgewichtes zunichte gemacht werden, wenn die Handelspolitik nicht mit der Agrarpolitik koordiniert wird.

Ziel der Strukturpolitik ist die Schaffung von leistungsfähigen landwirtschaftlichen Unternehmen in Verbindung mit einem Produktionsvolumen, das der Nachfrage am Markt angepaßt ist. Es wird anerkannt, daß eine Änderung in der Produktionsstruktur, wie sie auch im EG-Memorandum angesprochen wird, notwendig ist, um eine laufende Anpassung der Produktivität zu erzielen. In diesem Zusammenhang werden alle sozialpolitischen Maßnahmen befürwortet, die einen Beitrag zu dieser Zielsetzung leisten.

Die Ausführungen zur Umschulung, zur Verbesserung des Bildungssystems auf dem Lande sowie die Schaffung von außerlandwirtschaftlichen Einkommensalternativen werden auch vom BDL als absolut notwendig erachtet. Allerdings ist es fraglich, ob die von der EG-Kommission als flankierende Maßnahmen gedachten Vorschläge aufgrund der gegebenen Kompetenzen realisiert werden können.

In Bezug auf die Betriebsstruktur erachten wir es als nachteilig und unrealistisch, wenn eine einzige Betriebsform als allein förderungswürdig angesehen würde. Ein Fächer von Betriebsentwicklungsformen ist notwendig, um den derzeitigen Betrieben, soweit sie zukunftsfruchtig sind, eine Entwicklungschance zu geben. Um diesen Entwicklungsprozeß zu fördern, befürworten wir die Maßnahmen, die uns durch höhere Mobilität der Produktionsfaktoren dieses Ziel näher bringen. Dies sind insbesondere die Reformen des Pachtrechtes mit der vorgeschlagenen Möglichkeit der Pachtkapitalisierung. Anreize zur frühzeitigen Landaufgabe, die Schaffung von Bodenbanken, die auf die Reduzierung der Zahl der landwirtschaftlich Erwerbstätigen bezogenen Maßnahmen, sowie Maßnahmen der überbetrieblichen Zusammenarbeit, sofern sie die Mobilität des Kapitals erhöhen.

Wir sind der Auffassung, daß der Schwerpunkt der Maßnahmen auf der Erhöhung der Mobilität der Produktionsfaktoren liegen muß. Damit wird erreicht, daß die Ausstattung der Unternehmen mit Arbeit, Kapital und Boden den jeweiligen Möglichkeiten des technischen Fortschrittes angepaßt werden kann und der unternehmerischen Eigeninitiative größtmöglicher Spielraum gewährt wird. Die Mobilität der Produktionsfaktoren darf jedoch nicht dazu führen, daß eigentumsfeindliche Tendenzen entstehen, die zu einer Bodenkonzentration in wenigen Händen führen. Grenzböden, die den Betrieben keine nachhaltige Existenzgrundlage gewähren, sollten durch Anreize aus der Produktion ausgegliedert werden, um dem angestrebten Marktgleichgewicht näher zu kommen. Die Abschlachtprämie für Kühe ist eine weitere mögliche Maßnahme zur Erreichung des Marktgleichgewichtes auf dem Milchsektor.

Die Kontingentierung als langfristige Maßnahme zur Erreichung eines Marktgleichgewichtes wird von uns generell abgelehnt, da hierdurch die unternehmerische Initiative behindert wird, die Realisierung des technischen Fortschrittes erschwert wird und der Verwaltungsaufwand zu groß ist. Kurzfristige Mengenbeschränkung zur Beseitigung akuter Überproduktion wird davon nicht berührt.

Die Notwendigkeit der im Memorandum vorgeschlagenen Regionalisierung der agrarpolitischen Maßnahmen wird von uns gefordert. Wir haben jedoch begründete Befürchtungen, daß die Koordination zwischen Agrar- und Regionalpolitik in der Kommission nicht zureichend berücksichtigt wird.

Wir stellen mit Bedauern fest, daß eine gemeinsame Währungspolitik, eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, eine gemeinsame Handelspolitik, eine gemeinsame Sozialpolitik und eine gemeinsame Bildungspolitik auch im Ansatz nicht zu erkennen sind, so daß auch die gemeinsame Agrarpolitik nicht verwirklicht werden kann. Wir fordern erneut von allen verantwortlichen politischen Kräften, daß endlich mit einem vereinten Europa Ernst gemacht wird.

Mainz, den 20.6.1969